

Bevölkerungsschutz und die Frauen

Autor(en): **Larcher, Marie-Therese**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **54 (1998)**

Heft 3

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-844492>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

BEVÖLKERUNGSSCHUTZ UND DIE FRAUEN

Das Eidg. Militärdepartement (EMD) ist bekanntlich umgetauft worden in "Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)." Trotz grosser Beredsamkeit seines Vorstehers, Bundesrat Adlof Ogi, ist das Kürzel VBS nicht zum Begriff geworden, vor dem man geistig sofort Achtungsstellung einnimmt. Der Bericht der Studienkommission Brunner jedenfalls geht in Sachen Frauen keine aufregend neuen Wege, trotz der Umwandlung des EMD ins VBS. Marie-Therese Larcher berichtet:

Im Februar 1998 stellte der Bericht der Studienkommission für strategische Fragen, bekannt als "Brunner-Bericht", die bisherige Regelung auf eine neue Grundlage. Der Schweiz drohen heute keine konventionellen Angriffe mehr, dafür werden andere Gefahren und Bedrohungen wichtiger. Deshalb muss unsere Sicherheitspolitik auf die neue Wirklichkeit abgestimmt werden.: Beibehaltung einer verkleinerten Milizarmee ergänzt mit professionellen Verbänden; Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und anderen Partnern in Europa, Beweisen von Solidarität mit Krisengebieten; Ueberprüfung der Landesversorgung; flexible und pragmatische Neutralität zur Wahrung unserer Interessen.

WENIG ECHO

Harsche Kritik erntete der Brunner-Bericht vom nationalen Neinsager Blocher und von a.Divisionär Gustav Däniker, den die Brunner-Kommission nicht beigezogen hatte. Obwohl Bundesrat Ogi als ersten wichtigen Schritt (Baustein für ein sicherheitspolitisches Gebäude der Schweiz) die "zwingende Abstützung der Sicherheitspolitik im Volk" nannte, blieb das Echo eher bescheiden. Für uns interessant ist die Stellungnahme des Ausschusses Frau und Sicherheitspolitik im Stab für Gesamtverteidigung.

ABWESENDE FRAUEN?

Da wird vorab kritisiert, dass schon in der Studienkommission Brunner zu wenig Frauen mit von der Partie waren, während

stets betont wird, Frauen sollten gleichwertig und besser vertreten sein. Ferner werde zwar überall geflissentlich die weibliche Form verwendet (ob es später immer noch "Frau Brigadier" heissen wird? mtl), doch verliere man kein Wort über den künftigen Platz der Frauen in der Sicherheitspolitik. Wie soll das Wissen der Frauen in diesem Politikbereich sinnvoll genutzt werden, wie steht es mit ihrer Ausbildung bei einer zunehmenden Professionalisierung, usw.?

LÜCKEN

Bei der Beschreibung der modernen Gefahren gehe der Bericht nur sehr grob vom Status quo aus, es fehlen Zukunftsperspektiven bzw. eine umfassende Risikoanalyse. Allgemein stellt der Ausschuss Frauen fest, es falle schwer, die Logik der im Bericht gemachten Aussagen und Empfehlungen einzusehen und das Verständnis der Sicherheitspolitik entspreche nicht den aktuellen Stand. Die Oeffnung der Schweiz wird zwar begrüsst, doch wurde vermisst, dass nur Europa und nicht die UNO erwähnt wird, auch Hinweise auf die sog. Dritte Welt fehlten. Die Neutralität der Schweiz werde sehr stiefmütterlich behandelt und gewisse Begriffe bleiben undefiniert (z.B. spezifische Interessen der Schweiz).

Die Frauen sind der Auffassung, dass ein neuer sicherheitspolitischer Bericht nur dann Erfolg haben könne und das notwendige Verständnis in der ganzen Bevölkerung finde, wenn bereits in der Vorbereitungsphase Expertinnen miteinbezogen werden und bei der Ausgestaltung der Aktivitäten die Bedürfnisse der Frauen mitberücksichtigt werden. Die Frauen seien gerne bereit, geeignete Frauen für die künftige Mitarbeit vorzuschlagen. Insgesamt scheint es, dass wieder einmal der Wille zur Gleichstellung der Frauen vorhanden war, aber das "Fleisch" eher schwach ist.

Nachtrag: Seit wenigen Monaten hat Bundesrat Ogi mit Sonja Bietenhart-Ritter eine neue persönliche Beraterin. Ob es ihr gelingen wird, ihrem Chef die Anliegen des Ausschusses schmackhaft zu machen?